

Hoyerswerda in Mannheim

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am Samstag, den 13.6. in Mannheim-Schönau

In Mannheim-Schönau herrscht Pogromstimmung. Seit der Unterbringung von 260 Flüchtlingen in der Gendarmeriekaserne kommt es zu Anfeindungen, die mittlerweile zur Belagerung des Flüchtlingswohnheims eskaliert sind. Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden diese Ereignisse am Vatertag. Eine im Suff ausgebrochene Schlägerei zwischen den deutschen Teilnehmern eines Festes fand ihre Versöhnung im gemeinschaftlichen Beschluß, vor das "Asylantenheim" zu ziehen. Weitere Schönauer BürgerInnen schlossen sich an. Auf 400 Personen angewachsen, konnte der Mob nur von der Polizei davon abgehalten werden, das Heim zu stürmen. Weiterhin versammeln sich jeden Abend nach Arbeit und Abendbrot SchönauerInnen in Jogginganzügen und Badeschlappen vor der Gendarmeriekaserne. Weiterhin sperrt die Polizei jeden Abend ab 18.00 Uhr mit Hunden und Pferden alle Straßen um das Lager ab, ohne den Mob aufzulösen. Gegen Solidaritätskundgebungen für die Flüchtlinge, die wir täglich in der Lilienthalstraße organisieren, allerdings geht die Polizei vor. Für die Flüchtlinge bedeutet dies Ausgangssperre, die von der Polizei auch mit Gewalt durchgesetzt wurde und wird.

Was die Schönauer Ereignisse charakterisiert und mit Hoyerswerda vergleichbar macht, ist der rassistische Konsens in der breiten Bevölkerung, der sich herstellt im Zusammenspiel von offener Aggression, beifälligem Zuschauen, unterstützendem Mitschreien und zustimmendem Wegschauen (der Zuhausegebliebenen). Daß die Angriffe nicht von eingrenzbaaren rechtsradikalen Gruppen, sondern von der normalen Bevölkerung getragen werden, gibt dem Rassismus eine neue Dimension. Im Gegensatz zu Brandanschlägen tritt hier der Rassismus vor Ort in aller Öffentlichkeit auf. Eine überregionale oder gar internationale Berichterstattung soll dagegen verhindert werden. Der Mannheimer OB Widder organisiert gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten und dem Lagerleiter Benz die Pressesperre um die Ereignisse, an die alle sich eh von selbst halten. Wollen die Lokalgrößen eine Brandmarkung der Stadt verhindern, wie sie im Fall von Hoyerswerda geschehen ist, erklärt sich das Schweigen um die Vorfälle auf der Schönau auf überregionaler Ebene eher aus dem Bemühen, die rassistische Normalität in Deutschland beizubehalten, ohne international als "der häßliche Deutsche" da zustehen. Das ist nicht zuletzt entscheidend für das Streben der Bundesrepublik nach Vormachtstellung in der EG.

Zum Rassismus des Mobs gesellt sich die Verschärfung der institutionellen Diskriminierung: Das am Freitag letzter Woche beschlossene neue Asylverfahrensgesetz stellt im wesentlichen eine Einschränkung der Grundrechte für Flüchtlinge dar. Dient die nationalstaatliche Verfaßtheit per se als Argument und Instrumentarium, Nicht-Deutschen und insbesondere AsylbewerberInnen Bürgerrechte erst gar nicht zu gewähren - so zum Beispiel die Freizügigkeit - so schränkt das neue Asylverfahrensgesetz die für Flüchtlinge noch vorhandenen Rechte weiter ein. Wesentliche Punkte sind die Einschränkung des Rechtsweges und die obligatorische Unterbringung der Flüchtlinge in Sammellagern. Diese stellt neben der Ausdehnung der Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten der Behörden auf die Flüchtlinge vor allem eine soziale Markierung der AsylbewerberInnen als "das Fremde" dar. Die Lügen von "Asylantenflut" und "Überfremdung" werden durch überfüllte Massenquartiere scheinbar sinnlich wahrnehmbar. Durch Zäune abgetrennt werden die Sammellager zu Ghettos.

Sozialen Zusammenhängen entzogen, durch die "Asyldebatte" diffamiert und rechtlichen Schutzes beraubt werden die Flüchtlinge vom Mob als leichte Opfer ausgedeutet.

Um den rassistischen Konsens zu durchbrechen, wollten wir am Samstag, dem 6. Juni in einer Kundgebung auf der Schönau öffentlich für die Flüchtlinge und gegen den deutschen Mob Partei ergreifen. Die Demonstration auf der Schönau wurde verboten, der Stadtteil von der Polizei abgeriegelt. Zu der daraufhin kurzfristig in die Mannheimer Innenstadt verlegten Demonstration kam es erst gar nicht, weil die Polizei die etwa 500 TeilnehmerInnen in einem Großeinsatz auseinander prügelte bevor ein Zug formiert oder Transparente entrollt werden konnten. Vier Stunden lang wurden daraufhin kleine und größere Gruppen von DemonstrantInnen und PassantInnen eingekesselt, mit Hunden und Pferden durch die Stadt gejagt, geprügelt und gebissen. Der Anlaß war willkommen, ein ohnehin unliebsames Jugendzentrum zu stürmen und die Jugendlichen erkennungsdienstlich zu behandeln. Die Bilanz dieser Demonstration: 142 Festnahmen und unzählige Verletzte.

Die Strategie der Polizei und Stadtverwaltung ist aufgegangen. Die Demonstration wurde von dem Ort der Auseinandersetzungen weg in die Stadt Mannheim gedrängt und damit inhaltlich von den rassistischen Ausschreitungen auf der Schönau entkoppelt. Durch die Verhinderung jeglicher Kundgabe - Redebeiträge und das Entrollen von Transparenten - wurde die Demonstration in das umgedeutet, als was sie die lokale Presse seit einer Woche denunziert hatte: die Störung von Ruhe und Ordnung durch "angereiste Gewalttäter", die das eigentliche Problem seien.

Dagegen müssen wir eine Demonstration auf der Schönau setzen, die schon durch die Wahl des Ortes den Bezug zu den rassistischen Angriffen herstellt und für die Flüchtling unsere Solidarität erfahrbar macht. Hier wollen wir die Schönauer Bevölkerung mit ihrem rassistischen Verhalten konfrontieren. Nach Verbot und Zerschlagung der letzten Demonstration werden wir diesen Samstag eine bundesweite antirassistische Demonstration auf der Schönau durchführen.

Vertreibt den deutschen Mob aus den Straßen von Schönau!

Keine Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern!

Freizügigkeit und gleiche Rechte für alle !

**BUNDESWEITE ANTIRASSISTISCHE DEMONSTRATION IN
MANNHEIM-SCHÖNAU (STRABENBAHNHALTESTELLE
SCHÖNAU AN DER LILIENTHALSTRABE)
SAMSTAG, 13. JUNI, 18.00 UHR**

**Vorbereitungstreffen
in Darmstadt:**

Freitag, 12.6. 19^{oo}; Basta, Pallaswiesenstr. – Ecke Frankfurterstr.